

Windkraft: Sieveke fordert Begrenzung

Abstandsregelung: Christdemokrat sieht „wichtiges Thema im Landtagswahlkampf“.

Kritik an gesetzlichen Rahmenbedingungen

■ **Paderborn.** Der Paderborner CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke ärgert sich über die Situation der gesetzlichen Rahmenbedingungen beim Bau von Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen: „Es kann doch nicht so bleiben, dass sich auf kommunaler Ebene alle gegenseitig und regelmäßig aufreißt, nur weil das Land nicht handelt“, so Sieveke in einer Pressemitteilung der CDU.

Von der SPD-Bundesumweltministerin Hendricks aus NRW seien keine weitergehenden Regulierungen mehr zu erwarten, etwa bei der Begrifflichkeit des „substanziell Raumgebens“ im Baugesetzbuch. Sieveke: „Die regionalen Unterschiede in den Ländern und die politischen Konstellationen im Bundesrat haben hier zu einer Blockadehaltung geführt.“ Der Paderborner Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann habe hier bereits „alles versucht“ und sich zusammen mit

der hiesigen CDU wiederholt für eine verlässliche Definition eingesetzt. Es sei an der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gewesen, etwas zu unternehmen, um die Umsetzung der Energiewende, insbesondere im ländlichen Raum, für die Menschen erträglicher zu gestalten, betont die CDU.

Sieveke habe gemeinsam mit seinem damaligen CDU-Landtagskollegen, dem verstorbenen Volker Jung aus Lichtenau, bereits im Sommer 2014 die Einführung von Abstandsregeln ähnlich wie in Bayern gefordert. Das Land hatte hierzu im Rahmen der sogenannten „Opt-Out-Regelung“ des Bundes die gesetzgeberische Möglichkeit, habe die Frist bis Ende 2015 allerdings „ungenutzt verstreichen lassen, so dass nun eine neue, voraussichtlich dann CDU-geführte Landesregierung nach der Landtagswahl in Berlin vorstellig werden muss“, glaubt Sieveke an einen Wahlsieg und



Daniel Sieveke: CDU-Landtagsabgeordneter.

fügt hinzu: „Klimaschutz und Bürgerschutz müssen in unserem Bundesland endlich übereingebracht werden.“

Es könne nicht länger akzeptiert werden, dass Teile des ländlichen Raumes wie Ostwestfalen-Lippe und insbesondere der Kreis Paderborn die Umsetzung der Energiewende „fast allein schultern“. Der weitere Zubau bei der Windenergie sei zwar im Sinne der Energiewende Konsens, eine deutliche Begren-

zung und auch ein schnelleres Ende der EEG-Subventionen seien jedoch unumgänglich: „Es sind die Menschen, die die Energiewende mittragen müssen, sonst wird sie nicht gelingen“, so der Paderborner Abgeordnete, den es auch stört, dass es für bereits besonders windenergiestarke Regionen keine Ausnahmen gibt. „Die Parteipolitik der Grünen beispielsweise, im Land wie in Paderborn, setzt weiterhin das Vorzeichen falsch. Da steht der Klimaschutz noch immer vor dem Anwohnerschutz, andersherum würde ein Schuh daraus.“

„Warum können wir uns in NRW nicht parteiübergreifend, zusätzlich zum geltenden Recht, wenigstens auf eine „7H-Regel“ einigen, also in der Regel auf bis zu 1,5 Kilometer Abstand bei heutigen Anlagenhöhen?“, fragt Sieveke und vermutet, dass der „Windzubau“ im Landtagswahlkampf „eine gewichtige Rolle spielen“ werde.